

# Beantwortung Wahlprüfsteine

## Nordostchemie Verbände vom 26. Juni 2024

*Die Nordostchemie-Verbände vereinen unter ihrem Dach u. a. den Arbeitgeberverband Nordostchemie und den Verband der Chemischen Industrie e. V. als Landesverband in den Bundesländern Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wir vertreten daher die wirtschafts- und arbeitspolitischen Interessen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Ostdeutschland. Die Branche erwirtschaftete in den ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2023 ca. 31 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigte etwa 56.000 Menschen, davon fast 800 Auszubildende. Die Antworten werden gesammelt und aufgearbeitet an unsere Mitgliedsunternehmen in Sachsen zur Information und Entscheidungsfindung versandt.*

### 1. Wie möchte Ihre Partei die Standortattraktivität des Bundeslandes für die Industrie erhöhen?

Sachsen hat sich zu einem leistungsfähigen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort entwickelt. Diese Entwicklung ist auch das Ergebnis der langjährigen Strategie des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums, die Wirtschafts- und Technologieförderung sowie Hochschulentwicklung, kommunale Mobilitätslösungen, Aus- und Weiterbildung und Infrastrukturausbau zu einem wirksamen Ganzen verknüpft.

Die Industrie wollen wir als Wachstums- und Beschäftigungsmotor und als Impulsgeber für andere Wirtschaftszweige weiter stärken. Sachsen hat hervorragende Voraussetzungen, um auch in der chemischen Industrie eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die chemische Industrie hat nicht nur an den zwei großen Chemiestandorten Nünchritz und Böhlen, sondern auch an den Standorten der zahlreichen mittelständischen Unternehmen in Sachsen investiert. Aus diesen Investitionen in neue Technologien und Produktionsmöglichkeiten ergeben sich riesige Chancen. Sachsens Chemieunternehmen sind vor allem deshalb wettbewerbsfähig, weil sie spezialisiert, innovativ und fachlich auf dem neuesten Stand sind.

Angesichts der Herausforderungen von Digitalisierung und Automatisierung sowie der Notwendigkeit, bis 2045 klimaneutral zu werden, ordnen sich aktuell ganze Wirtschafts- und Industriezweige neu. Hier ist die Politik am Zug: Sachsen ist schon immer ein Industrieland gewesen. Die sächsische SPD wird weiter daran arbeiten, es zum Land der Zukunftsindustrien zu machen. Deshalb sorgen wir für rasche Digitalisierung, den Ausbau klimaneutraler Zukunftsenergien und eine entschlossene Förderung innovativer Ideen, um traditionellen und neuen Industrien beste Voraussetzungen zu bieten. Zu Innovationen und zur Weiterentwicklung der chemischen Industrie erwarten wir uns entscheidende Beiträge von dem in Delitzsch entstehenden Großforschungszentrum

„Center for the Transformation of Chemistry“ (CTC), und wir werden weiter für den Aufbau und die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungsbereichen von Unternehmen werben.

Der Umbauprozess beim Umstieg auf grünen Wasserstoff oder auf E-Mobilität birgt große Chancen, dass wir den Vorsprung, den wir uns in Sachsen erarbeitet haben, nutzen und weiter ausbauen. Energieintensive Unternehmen wollen wir bei ihrem Umbau zur Klimaneutralität durch einen Brückenstrompreis finanziell unterstützen.

Für eine gute Entwicklung unseres Landes werden in diesem Jahrzehnt drei Faktoren entscheidend sein: eine leistungsfähige Infrastruktur, ausreichend Fachkräfte und Innovationen.

Deshalb steht die weitere Förderung von technologischen, sozialen und nachhaltigen Innovationen im Zentrum der Wirtschaftspolitik der SPD. Strukturelle Unterstützung und gezielte Förderprogramme helfen den Unternehmen dabei, ihre Fachkräfte zu sichern und ihr Innovationspotenzial auszuschöpfen.

Sachsen braucht Leitungen und Netze, die sowohl digitale Daten als auch erneuerbare Energieträger wie Wasserstoff schnell und zuverlässig transportieren. Sachsen braucht eine gute Verkehrsinfrastruktur sowohl auf Straße als auch im ÖPNV und eine Versorgung der sächsischen Unternehmen und Haushalte mit bezahlbaren erneuerbaren Energien. Sachsen braucht ebenso gute Schulen, moderne und leistungsfähige Krankenhäuser und bezahlbaren Wohnraum. Die nötigen Investitionen dafür müssen wir jetzt tätigen. Dafür richten wir den „Sachsenfonds 2050“ ein und statten ihn mit mindestens vier Milliarden Euro aus. Als Instrument zur Umsetzung des Fonds gründen wir eine Investitionsgesellschaft.

2. Wie will Ihre Partei die Bürokratiebelastung für Unternehmen im Land reduzieren und welche landeseigenen Gesetze, Verordnungen und Regelungen wollen Sie dafür vereinfachen? Setzen Sie sich für Praxis-Checks im Land nach Vorbild der Bundesebene ein?

Das richtige Maß an gut verwalteten Verfahren und eine gut und zügig funktionierende Verwaltung sind für Unternehmen von großer Bedeutung. Rechtssicherheit und verständlich formulierte Gesetze erhöhen die Standortattraktivität und erleichtern es den Unternehmen, zu investieren. Die sächsische SPD ist der Ansicht, dass die Verwaltung Dienstleister für die Menschen und die Unternehmen in Sachsen sein muss und dabei ihr Ermessen im Rahmen einer Ermöglichungskultur ausüben sollte.

Der Abbau von Bürokratie im Sinne überkomplexer, mit hohem Ressourceneinsatz betriebener und wenig zielführender Verfahren bleibt eine der drängendsten Aufgaben der Politik. Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen Freiraum, um ihre Talente und Ideen umzusetzen, und sie brauchen auch das Vertrauen und die Anerkennung aus Politik und Gesellschaft. Deshalb tritt die sächsische SPD auf allen Ebenen – EU, Bund, Land und Kommunen – dafür ein, überall wo möglich die Komplexität von Gesetzen zu reduzieren, konkurrierende Vorschriften abzubauen, mehr Tempo bei Planungsverfahren zu machen und mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung zu bieten.

Einiges haben wir in Sachsen auch selbst in der Hand. Wir sind hier bereits ein gutes Stück vorangekommen, gerade bei der Digitalisierung unserer Förderprogramme. Wir haben die Antragstellung und Abrechnung vereinfacht. Ein einheitliches Förderportal ist im Aufbau, das künftig Förderverfahren konsequent digital abbilden wird – von der Antragsstellung bis zur Abrechnung. Dabei setzen wir auf klug gesetzte Bagatellgrenzen, auf Pauschalen für Personal- und Planungskosten sowie auf sinnvoll gestaltete Stichprobenverfahren statt Kontrolle bis ins kleinste Detail.

Klar ist aber auch: Wer Regelungen aufräumen will, muss die Ärmel hochkrempeln und ins Detail gehen. Deshalb wollen wir ein kleines, aber schlagkräftiges Team einrichten, das in allen Ressorts Rechts- und Verfahrensregelungen „entrümpelt“ und vereinfacht.

3. Wie will Ihre Partei Planungs- und Genehmigungsverfahren von Betriebsgebäuden und Industrieanlagen beschleunigen?

Wir unterstützen die im Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung (Deutschlandpakt) gebündelten Bestrebungen auf Bundes- und Länderebene, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erreichen. Infrastrukturprojekte wie Windkraftanlagen, Stromnetze, Brücken, Zugstrecken und Industrieanlagen müssen zügig umgesetzt werden können. Wir werden auch in Sachsen weiter daran arbeiten, Rechts- und Verfahrensfragen im Detail zu prüfen und wo möglich zu vereinfachen. Wesentlich dafür ist auch die Digitalisierung der Verfahren und die entsprechende Ausstattung der Verwaltung mit IT-Infrastruktur und Fachpersonal.

4. Wie beabsichtigt Ihre Partei, die Zusammenarbeit von Forschung, Hochschulen und Unternehmen im Land zu verbessern und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen zu unterstützen?

Die sächsische SPD wird den Aufbau und Ausbau strategischer Kooperationen zwischen sächsischen Unternehmen, Kapitalgeber:innen sowie zwischen Unternehmen und Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologie-, Gründungs- und Innovationszentren, Kammern und Verbänden weiter unterstützen. Das Netzwerk von Innovationsakteur:innen werden wir mit futureSAX ausbauen und eine Stiftung gründen, damit sich private Geldgeber bei Innovationen beteiligen können. Hier wollen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen verstärkt in den Blick nehmen, sie sollen mit Innovationsassistent:innen Unterstützung erhalten.

Den Transfer aus den Wissenschaftseinrichtungen heraus werden wir weiter stärken, denn eine schnelle Marktreife neuer Technologien und soziale Innovationen bedeuten einen Vorsprung für Sachsen. Die im Aufbau befindlichen Großforschungseinrichtungen bieten Chancen: Wir nutzen das „Deutsche Zentrum für Astrophysik“ (DZA) im Lausitzer Revier und das „Center for the Transformation of Chemistry“ (CTC) im Mitteldeutschen Revier sowie die Bundesagentur für Sprunginnovationen

(SPRIND), um die Innovationsfähigkeit weiter zu stärken. Strukturell wollen wir Innovationskorridore in der Landesentwicklungsplanung berücksichtigen und entlang der Bahnstrecken ausbauen.

5. Wie möchte Ihre Partei den Ausbau des Wasserstoffnetzes im Land beschleunigen und die Anbindung der Industrie an die Wasserstoffinfrastruktur verbessern?

Damit insbesondere grüner Wasserstoff bis 2038 eine Energiealternative werden kann, braucht es ein leistungsfähiges Leitungsnetz. Sachsen hat aufgrund der ansässigen Unternehmen, Forschung und Infrastruktur derzeit einen Vorsprung. Diesen wollen wir halten und neben dem geplanten Wasserstoff-Kernnetz auch das Verteilnetz ausbauen, um Regionen wie Südwestsachsen, den Meißner Industriebogen, Dresden sowie die Lausitz zu erschließen. Für den Ausbau des Verteilnetzes in alle sächsischen Regionen brauchen wir eine frühzeitige Planung und eine klare Finanzierungsstruktur, ebenso für die Errichtung von Wasserstoffspeichern. Unser Ziel ist der Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft entlang der Wertschöpfungskette. Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur in Sachsen machen wir möglich mit dem „Sachsenfonds 2050“.

6. Wie will Ihre Partei die Energiepreise im Land auf ein wettbewerbsfähiges Niveau bringen, damit vor allem energieintensive Betriebe weiter vor Ort produzieren können. Wie soll dabei auch der Ausbau erneuerbarer Energien und die Partizipation von Betrieben bei diesem verbessert werden?

Nach dem massiven Anstieg im Jahr 2022 ist der Industriestrompreis 2024 erstmals wieder unter 20 Cent/KWh gesunken. Zudem hat die SPD-geführte Bundesregierung mit dem Strompreispaket, das eine massive Stromsteuersenkung in Höhe von drei Milliarden Euro für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes enthält, zur Entlastung der Unternehmen beigetragen.

Der Wegfall der Zuschüsse für die Übertragungsnetzentgelte aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds ab 2024 (infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds) und damit die Erhöhung der Netzentgelte sollte auf Bundesebene alsbald und wenn die nötigen Finanzmittel dafür bereitstehen, korrigiert werden.

Generell begrüßt die sächsische SPD jede Initiative, welche die Stromkosten (insbes. Steuern, Abgaben, Umlagen) auf ein wettbewerbsfähiges Niveau im europäischen und internationalen Vergleich bringt. Die langfristig größte Chance auf möglichst günstige Energiepreise birgt aus unserer Sicht der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien. Außerdem braucht es die passende Infrastruktur, um beispielsweise den im Norden nachhaltig erzeugten Strom zu uns nach Sachsen zu bekommen. Wir begrüßen die von der Bundesnetzagentur Ende 2023 begonnene Debatte über die gerechte Verteilung von Netzkosten für den Ausbau der Erneuerbaren und hoffen hier auf baldige Ergebnisse.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort ist auch geknüpft an die Frage der Akzeptanz bei den Unternehmen, den regionalen Akteuren und der Bevölkerung. Unternehmen können zu dieser Akzeptanz beitragen, indem sie vor Ort die Chancen und möglichen Wettbewerbsvorteile deutlich machen.

7. Wie bewertet Ihre Partei die Speicherung oder Wiederverwertung von CO<sub>2</sub> (CCS, CCU)? Ist eine Speicherung von CO<sub>2</sub> an Land grundlegend für Sie erstrebenswert und würden Sie diese Möglichkeit im Bundesland ermöglichen?

Das oberste Ziel einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik ist die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie, eine umfassendere Kreislaufwirtschaft sowie Ressourcenverbrauchsminderung. Auch in Zukunft wird es Emissionen geben, die nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich nicht vermieden werden können. Für den Umgang mit diesen Rest-Emissionen braucht es Lösungen. Die Ampel-Koalition widmet sich bereits dieser Aufgabe, indem sie sich „zur Notwendigkeit auch von technischen Negativemissionen“ bekennt und „eine Langfriststrategie zum Umgang mit den etwa fünf Prozent unvermeidbaren Restemissionen erarbeiten“ wird.

Die Einbindung aller geeigneten Maßnahmen in eine umfassende Carbon-Management-Strategie des Bundes ist dafür unbedingt erforderlich. Eine Gesamtstrategie für CO<sub>2</sub>-Kreisläufe muss vorrangig natürliche und auch technische Senken in das klimaneutrale Energiesystem der Zukunft einfügen, um über Negativemissionen zu den Klimazielen beitragen zu können.

Ab dem Jahr 2012 erlaubte das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) die Erforschung, Erprobung und Demonstration der CO<sub>2</sub>-Speicherung mit einer maximalen bundesweiten Speichermenge von vier Megatonnen CO<sub>2</sub>. Die im KSpG verankerte Länderklausel ermöglicht den Bundesländern überdies den Ausschluss bestimmter Gebiete. Die vom KSpG festgelegte Frist für das Einreichen von Zulassungsanträgen ist am 31. Dezember 2016 abgelaufen, sodass die Genehmigung neuer CO<sub>2</sub>-Speicher in Deutschland gegenwärtig nicht möglich ist. Die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 2024 einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes vorgelegt, das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens muss erst noch abgewartet werden. Sollten den Ländern, wie bislang geplant, die Möglichkeit eröffnet werden, die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid auf ihrem Landesgebiet zuzulassen, sollten dafür zunächst die geologischen Potenziale in Sachsen festgestellt, die Chancen und Risiken abgewogen sowie die Akzeptanz der Bevölkerung ausgelotet werden.

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei auf Landesebene, die Pharmastrategie der Bundesregierung zu flankieren bzw. zu unterstützen? Wie möchte Ihre Partei zu einer ausreichenden Vergütung von Arzneimittelproduzenten durch Krankenkassen beitragen?

Immer wieder auftretende Engpässe in der Arzneimittelversorgung haben eindrücklich gezeigt, dass wir die Produktion in Deutschland stärken müssen. Daher hat die Bundesregierung die Nationale Pharmastrategie im Juli dieses Jahres mit dem Medizinforschungsgesetz untersetzt. Damit werden u. a. die Zulassung von Arzneimitteln und die Genehmigung und Durchführung klinischer Prüfungen vereinfacht und beschleunigt, Verhandlungsspielräume für Arzneimittelpreise vergrößert und Forschungsanreize gesetzt. In Sachsen haben wir bereits innovative Pharmaunternehmen in Städten wie Dresden, Leipzig, Radeberg, Radebeul und Zwickau. Wir werden den engen Austausch mit ihnen fortführen, um auf Bundesebene und in der Europäischen Union die Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern. Attraktive Hochschulen sind ein Magnet für junge Menschen. In Sachsen sollen auch in Zukunft über 100.000 Menschen studieren. Die Bedarfe der Daseinsvorsorge bleiben Schwerpunkt, um den Nachwuchs z. B. in Medizin und Pharmazie auszubilden.

9. Wie wollen Sie das Interesse an MINT-Berufen wecken, die MINT-Kompetenzen und Fähigkeiten junger Menschen fördern, die naturwissenschaftliche Bildung verbessern sowie die Bekanntheit und Attraktivität der dualen Ausbildung steigern?

Ein wichtiger Schlüssel zur Stärkung der MINT-Fächer liegt darin, die Welt der Mathematik für Kinder so verständlich und faszinierend wie möglich zu eröffnen. Deshalb wollen wir neue Strategien für den mathematischen Anfangsunterricht und die weiterführende mathematische Bildung wissenschaftlich erforschen und testen lassen. Für außerschulische MINT-Angebote richten wir eine zentrale Koordination ein, um zur Sichtbarkeit und besseren Vernetzung beizutragen. Und um die Anzahl der Frauen in den MINT-Berufen zu erhöhen, stärken wir MINT-Angebote wie Schullabore, M.I.T.-Schulen, Girls' Day Akademie oder SachsenTechnikum.

Sachsen ist als Land der Ingenieurinnen und Ingenieure bekannt. Wir schreiben Forschung, Transfer und Innovation groß, regelmäßig wird uns das in Rankings bestätigt. Damit Sachsen Spitzenreiter bleibt, braucht es Master und Meister! Dabei sind für uns berufliche und akademische Ausbildung gleichwertig. Wir wollen für noch mehr Durchlässigkeit zwischen den beiden Systemen sorgen. Wir bilden die Fachkräfte von morgen hier in Sachsen aus. Markenkern der beruflichen Bildung in Deutschland ist die duale Ausbildung. Wir sichern ein sachsenweites, regional ausgewogenes und flächendeckendes Ausbildungsangebot, erhalten die Berufsschulzentren und schreiben den Teilschulnetzplan „Berufsbildende Schulen“ fort. Die Idee zur Einführung von Kernberufen verfolgen wir weiter. Die ehrenamtliche Arbeit in den Prüfungsausschüssen wollen wir honorieren.

Wir setzen den Weg fort, die berufliche Bildung zu stärken. Die sächsischen Berufsschulen sind dauerhaft gesichert, ein Investitionsprogramm sorgt für moderne Ausstattung und dank der

sächsischen SPD ist das „Landesprogramm Berufliche Bildung“ auch in den nächsten Jahren stabil finanziert.

Wichtig ist, schon in der Schule Chancen zu eröffnen. Deshalb setzt die SPD auf längeres gemeinsames Lernen. Wir wollen junge Menschen mit praxisnahem Unterricht mit den geistigen, sozialen und handwerklichen Fähigkeiten ausrüsten, die sie in der Zukunft wirklich brauchen. Wir werden die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten in Sachsen weiter stärken und Unternehmen bei der überbetrieblichen Lehrunterweisung und der Verbundausbildung fördern. Wir wollen die Betriebe zudem weiter dabei unterstützen, junge Menschen für einen Ausbildungsberuf zu begeistern – dabei helfen neben Praktikums- und Ausbildungsanreizen geförderte Firmen- und Ausbildungsmessen. Und für die Azubis selbst gilt es, günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Förderung von Azubi-Wohnheimen setzen wir deshalb fort.

10. Wie wollen Sie inländisches Fachkräftepotenzial heben, arbeitsmarktpotenziale Geflüchteter erschließen und internationale Fachkräfte vom Bundesland überzeugen?

Fachkräfte für sich zu gewinnen, zu halten und zu entwickeln ist eine wichtige Aufgabe jedes Unternehmens. Wir wollen die sächsischen Unternehmen dabei unterstützen und setzen uns dafür ein, dass der Freistaat die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür schafft. Die sächsische SPD hat dafür gesorgt, dass es in Sachsen starke Instrumente auf strategischer und operativer Ebene gibt – von der Fachkräftestrategie des Freistaates über die Fachkräfteallianz und verschiedene Förderinstrumente der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktintegration bis hin zu Strukturen wie dem Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit Sachsen (ZEFAS) und der Jugendberufsagentur Sachsen (JubaS). Auch der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege und eine gute Schulbildung sind wichtige Standortfaktoren.

Wir wollen das Arbeits- und Fachkräftepotenzial in unserem Land ausschöpfen und auch diejenigen aktivieren und qualifizieren, die beispielsweise für eine lange Zeit arbeitslos sind oder eine zweite oder auch dritte Chance brauchen. Darüber hinaus sind wir auch auf den Zuzug neuer Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Den „Pakt zur Gewinnung internationaler Fachkräfte“, den Wirtschaft, Gewerkschaften und Freistaat gemeinsam geschlossen haben, wollen wir deshalb weiter mit Leben füllen.

Verstärkt eine Willkommenskultur zu entwickeln und zu leben, ist für die SPD Sachsen ein zentraler Schlüssel für die Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie eine gelingende Integration nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch nachhaltig und langfristig in unsere Gesellschaft. Regionale Initiativen wie die Welcome Center, die Personen aus Drittstaaten beim Ankommen in Sachsen und Unternehmen bei der Integration ihrer neuen Mitarbeiter unterstützen, leisten hier wertvolle Arbeit. Eine Willkommenskultur zu etablieren, liegt sowohl in der Hand zivilgesellschaftlicher als auch staatlicher Strukturen. So sind die Ausländerbehörden ein wichtiger

Akteur, der einen großen Beitrag dazu leisten kann, internationalen Fach- und Arbeitskräften den Weg zu ebnen und sie gut und zügig bei den notwendigen Verfahren zu begleiten. Unternehmen muss es möglichst einfach gemacht werden, Personen aus Drittstaaten einzustellen. Deshalb wollen wir die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden weiterentwickeln und dafür sorgen, dass die Verfahren beschleunigt und Beschäftigungserlaubnisse zügig erteilt werden.